BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft 18. Wahlperiode

12.11.13

Antrag der Fraktion der CDU

Zukunft der kommunalen Kliniken sichern – durch einen nachhaltigen Sanierungsplan und zielgerichtete Investitionen

Im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge leisten die vier kommunalen Krankenhäuser der Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) einen unverzichtbaren Beitrag für die Versorgung der jährlich fast 250 000 Patienten aus Bremen und dem niedersächsischen Umland. Als einer der größten Arbeitgeber in der Stadtgemeinde Bremen ist der Klinikverbund eine zentrale Säule der regionalen Gesundheitswirtschaft.

Die knapp 8 000 Beschäftigten der GeNo leisten hervorragende Arbeit bei der medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Gerade in den patientennahen Bereichen, dem ärztlichen und pflegerischen Dienst, zeichnen sich die Mitarbeiter durch ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz, medizinischer Leistungsstärke und persönlichem Engagement aus.

Durch politische Entscheidungen der rot-grünen Landesregierung in den letzten Jahren ist der kommunale Klinikverbund mit seinen vier Kliniken in erhebliche finanzielle Schieflage geraten. Ständig neue Hiobsbotschaften, wie die aktuellen Bauverzögerungen beim Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte, führen zu immer neuen Verlusten für den Klinikverbund.

Nachdem bereits der Sanierungsplan 2008 gescheitert ist, legte der Senat im Mai 2013 einen Zukunftsplan 2017 vor. Der Zukunftsplan enthält aber weder eine schlüssige Analyse der bisherigen Verluste noch liegt eine tragfähige Unternehmensstrategie der GeNo vor, die dazu geeignet wäre die Kliniken langfristig in ruhigeres Fahrwasser zu bringen. Wesentliche Fragen, wie die überdurchschnittlichen Personalaufwände, die Sachkostensteigerungen oder der wachsende Investitionsstau, werden durch den Zukunftsplan nicht beantwortet. Es wird aber deutlich, dass die GeNo keine Probleme auf der Erlösseite hat, sondern vielmehr ein massives Kostenproblem vorliegt.

Trotz der Eigenkapitalaufstockungen der Stadtgemeinde Bremen als Gesellschafterin des Klinikverbundes und weiteren Maßnahmen des Senats rechnet der Zukunftsplan auch 2017 noch mit deutlichen Verlusten im operativen Bereich, die sich bis 2017 auf 142,6 Mio. € summieren. Die bilanzielle Überschulung der GeNo kann durch diesen Zukunftsplan nicht verhindert, sondern nur bis zum nächsten Wahltag verzögert werden.

Obwohl externe Wirtschafsprüfer den Konzern für durchaus sanierungsfähig und -würdig halten, werden die bekannten Missstände vom rot-grünen Senat nicht zügig aufgearbeitet und die erforderlichen Maßnahmen nicht umgesetzt. Stattdessen vertröstet der Senat die Beschäftigten der GeNo weiterhin mit nicht plausiblen Planungen und setzt dabei mittelfristig Arbeitsplätze und die Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge in der Stadtgemeinde Bremen aufs Spiel.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtbürgerschaft beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

- 1. unverzüglich einen neuen und tatsächlich wirksamen Sanierungsprozess für die GeNo und ihre vier Kliniken einzuleiten und dazu externe Expertise zu nutzen.
- 2. die Investitionsmittel, die für den neuen Sanierungsprozess notwendig sind, zur Verfügung zu stellen und somit insbesondere den Investitionsstau in den vier Kliniken zu beseitigen.

Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU